

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 19. Juli 2011 - Nr. 165/29 D1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,00 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## EU-Kommission rügt dänische Grenzkontrollen

nbu. SOPOT, 18. Juli. Dänemark ist es nicht gelungen, die EU-Kommission von der Rechtmäßigkeit seiner jüngst eingeführten Grenzkontrollen zu überzeugen. Die zuständige Innenkommissarin Malmström teilte am Montag mit, es gebe weiter Zweifel daran, dass die Kontrollen durch den dänischen Zoll im Einklang mit dem EU-Recht, darunter dem Schengen-Vertrag, stünden. Fachleute der Kommission hätten auf einer Inspektionsreise in das Land keine „ausreichenden Antworten“ erhalten. Frau Malmström bekräftigte, dass die Kommission „alle zur Verfügung stehenden Mittel“ nutzen werde, um zu gewährleisten, dass sich Personen und Waren frei über die Binnengrenzen der EU bewegen können. Das kann bis zur Verhängung von Strafgeboten reichen. Die Kommission hatte Ende voriger Woche Mitarbeiter an die dänischen Grenzen zu Deutschland und Schweden geschickt, um die neuen Kontrollen im Alltag zu überprüfen. Die Fachleute waren offenbar zu dem Eindruck gelangt, dass sie mehr oder weniger willkürlich stattfinden. Es sei keine ausreichende Risikobewertung vorgenommen worden, um Kontrollen zu rechtfertigen, bemängelte die Kommission. Die Zollbeamten hätten keine klaren Weisungen erhalten, es gebe auch kein geordnetes Berichtswesen über die Anzahl und das Ergebnis der Kontrollen. (Fortsetzung Seite 2; Kommentar Seite 8.)

## Heute

### Bewiesen: der Google-Effekt

Die Studie von Betsy Sparrow muss jedem Internetnutzer zu denken geben: Wir lagern nicht nur unser Wissen ans Netz aus, sondern unser Gedächtnis. **Feuilleton, Seite 27**

### Fährverkehr im Frieden

Heute kommt man wieder über die Donau von Bač nach Vukovar. Aber der Krieg zwischen Kroaten und Serben hat den Strom breit gemacht. Lange hat der Bürgermeister von Bač für die Fähre gekämpft. **Politik, Seite 3**

### Frankreich kriegsmüde

Die französische Armee würde den Einsatz in Libyen, der sie überfordert, gern beenden. Doch Präsident Sarkozy besteht auf einem Verzicht Gaddafis auf die Macht. Vielleicht Verhandlungssache. **Politik, Seite 6**

### Staatwirtschaft in der Krise

Lange war dem weißrussischen Präsidenten Lukaschenka die Zustimmung vieler Bürger sicher. Aber die staatlich gelenkte Wirtschaft steht vor dem Abgrund. Auch Russland hält sich zurück. **Wirtschaft, Seite 10**

### Abgefahren

Wer die Tour de France gewinnen will, wird ein hohes Risiko in Kauf nehmen müssen. 2011 könnte die Rundfahrt der Radprofis auch auf den steilen Abfahrten entschieden werden. **Sport, Seite 25**

### Lammerts fromme Wünsche

Zivilreligion nach dem Geschmack des Bundestagspräsidenten: In seiner neu übersetzten Version des Vaterunsers hat der zentrale Begriff der Versuchung nichts mehr zu suchen. **Feuilleton, Seite 29**

### Wants zu Diensten

Sie bringen Wasser, fungieren als Kuscheltierersatz und spielen Memory: Roboter können in der Pflege und bei der Therapie Hilfsdienste leisten. Menschen ersetzen sie nicht. **Technik und Motor, Seite T 1**



Die drei Helfer in Berlin: Steinbrück, Steinmeier und dazwischen Gabriel

Foto ddpd

## SPD will Bundesregierung in der Euro-Krise unterstützen

Gabriel: Nicht die Zeit des politischen Streits / Rösler: Private Gläubiger beteiligen

sat/mas/ban. BERLIN, 18. Juli. Die SPD hat der Bundesregierung in der Euro-Krise ihre parlamentarische Unterstützung auch für den Fall angeboten, dass ihr im Herbst eine eigene Mehrheit in der Abstimmung über ein zweites Griechenland-Paket fehlt. In einem Schreiben des Parteivorsitzenden Gabriel und des Fraktionsvorsitzenden Steinmeier an die Kanzlerin hätten sie ihr ein Gesprächsangebot unterbreitet und versichert, „dass wir für ein kräftiges und mutiges Signal unsere politische Unterstützung geben würden“, sagte Gabriel am Montag in Berlin. Auf einer Pressekonferenz forderten sie und der frühere Finanzminister Steinbrück eine Umschuldung Griechenlands mit einem „Schuldenschnitt in der Größenordnung von 40 bis 50 Prozent“.

Gabriel sicherte der Kanzlerin zudem zu, man werde die schmerzhaften Entscheidungen, die für die Bürger mit Belas-

tungen verbunden seien, auch öffentlich mittragen. Dies sei nicht die Zeit des politischen Streits. „Die Krise hat ein neues Stadium erreicht“, sagte er, sie sei zu einer „politischen und wirtschaftlichen Vertrauenskrise“ geworden, die durch einen Mangel an politischer Führung nicht zuletzt der Bundesregierung entstanden sei. Steinmeier sagte, der Schritt sei ihm nicht leichtgefallen, er hätte in dieser Situation von der Bundesregierung ein Gesprächsangebot erwartet. Steinbrück hob hervor, es sei wichtig, dass die EU-Staats- und Regierungschef an diesem Donnerstag in Brüssel Beschlüsse fassten, die „umfassend und kraftvoll“ seien. „Es wird zu einem Schuldenschnitt kommen. Die Frage ist nur, wie und wann“, sagte er. In den Gesprächen mit der Kanzlerin wolle man vorschlagen, dass die Umschuldung und der Schuldenschnitt verbunden würden mit einer Garantie für die Rest- und Neuschul-

den. Steinbrück sprach sich in diesem Zusammenhang für Eurobonds aus. Zwar sei es möglich, dass die Ratingagenturen ein „Kreditereignis“ ausriefen, jedoch empfehle er, ein Rating, das Athen für zahlungsunfähig erkläre, „schlicht zu ignorieren“, da das Land nicht auf den Finanzmärkten aktiv sei. Zudem müsse der Rettungsfonds die von der EZB gekauften Staatsanleihen übernehmen.

Wirtschaftsminister und Vizekanzler Rösler (FDP) steckte unterdessen vor dem Brüsseler Krisentreffen die Grenzen seiner Partei für die Verhandlungen ab. „Der Rettungsfonds EFSF darf nicht zum Gläubiger griechischer Anleihen werden, indem er solche Anleihen auf dem Sekundärmarkt selbst kauft“, sagte der FDP-Vorsitzende dieser Zeitung. Wesentlich sei zudem, dass der IWF weiter beteiligt bleibe. (Fortsetzung und weiterer Bericht auf Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 9, 11 und 17.)

## Gewalt überschattet Stabwechsel in Kabul

Petraeus übergibt Isaf-Kommando an Allen / Drei Soldaten im Osten gefallen / „Harte Tage“

job. JAKARTA, 18. Juli. Der Kommandeur der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (Isaf), General David Petraeus, hat am Montag den Stab an seinen Nachfolger, General John Allen, übergeben. Der Wechsel in Kabul war von ersten Lageeinschätzungen, aber auch Zusagen für eine dauerhafte Partnerschaft mit Afghanistan geprägt. Die Nachricht von drei gefallenen Nato-Soldaten überschattete die Übergabeceremonie. Sie wurden am Montag Opfer einer Bombe in Ostafghanistan, wo überwiegend amerikanische Soldaten stationiert sind.

Petraeus war im vergangenen Sommer mit dem Ziel angetreten, eine Wende im Afghanistankrieg herbeizuführen. Sein Name wird nun vermutlich eher mit der intensivsten Phase des Einsatzes verbunden bleiben. Unter das Kommando des amerikanischen Viersterne-Generals fiel die Aufstockung der Isaf auf den Höchststand

von 130 000 Mann. Angeregt hatte die Truppenverstärkung sein Vorgänger McChrystal, aber erst Petraeus setzte durch, dass Washington im vergangenen Jahr 30 000 zusätzliche Soldaten an den Hindukusch entsandte und so einige Monate lang an die 100 000 Mann stellte. Unter General Allen wird die Zahl nun wieder zurückgehen. Bis Ende des Jahres werden 10 000 Mann abgezogen, bis kommenden Herbst sollen nach den Plänen von Präsident Obama insgesamt 33 000 Soldaten zurück in Amerika sein.

Zu erwarten ist, dass Allen auch weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die derzeitigen Ausgaben von zwei Milliarden Dollar pro Woche werden von einer schweren Schuldenkrise gebeutelt Amerika sinken. Allen sagte am Montag in Kabul, er mache sich „keine Illusionen über die Herausforderungen, die vor uns liegen“. Er sprach von „harten Ta-

gen“, meinte aber vermutlich harte Monate. Sein Vorgänger dankte den Soldaten.

Die Kriegsschritte, die Petraeus nach der Truppenaufstockung vermeldete, darunter Geländegewinne im umkämpften Süden, erfolgreiche Kommandoaktionen gegen Taliban-Führer und einen Ausbildungshöchststand bei der Afghanischen Nationalarmee, konnten das Ruder nach Meinung von Fachleuten nicht herumreißen. Auch wenn sich die Sicherheitslage in einigen Regionen verbesserte, wurde das vergangene Jahr zum verlustreichsten seit Beginn des Krieges vor fast zehn Jahren. Im laufenden Jahr könnte dieser Negativrekord noch gebrochen werden. Die angestrebten Verhandlungen mit den Taliban scheinen aus dem Vorstadium einer Kontaktaufnahme trotz gewaltiger Anstrengungen nicht heraus zu kommen. (Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 8.)

## CSU will Pkw-Maut rasch einführen

ff. MÜNCHEN, 18. Juli. Die CSU will bis Ende dieses Jahres in Berlin eine Entscheidung über die Einführung einer Pkw-Maut herbeiführen. Auch Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) halte die Erhebung eines Nutzungsentgelts für notwendig, sagte der CSU-Vorsitzende Seehofer am Montag. Ohne die Einnahmen aus einer Maut, die für inländische Fahrer steuerlich kompensiert werden solle, könnten wichtige Verkehrsvorhaben nicht finanziert werden. (Siehe Seite 4.)

## Cameron bricht wegen Abhörskandals Reise ab

Lt. LONDON, 18. Juli. Der britische Premierminister David Cameron bricht eine Afrikareise ab und das Unterhaus verschiebt den Beginn seiner Sommerpause, um an diesem Mittwoch die jüngsten Entwicklungen des Abhörskandals zu diskutieren. Der Londoner Polizeipräsident Paul Stephenson reichte am Sonntagabend seinen Rücktritt ein; einer seiner Stellvertreter, John Yates, tat es ihm am Montag gleich. (Siehe Seite 5 sowie Wirtschaft, Seite 12; Kommentar Seite 8.)

## Moody's: Amerika soll Schuldengrenze streichen

nks. NEW YORK, 18. Juli. Die Ratingagentur Moody's hat den Vereinigten Staaten empfohlen, die Obergrenze bei der Staatsverschuldung ganz abzuschaffen, um Investoren nicht zu verunsichern. In Washington streiten Politiker seit Wochen über die Erhöhung der Schuldengrenze von derzeit 14,3 Billionen Dollar. Sollte bis Anfang August keine Lösung gefunden werden, kann Washington seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. (Siehe Wirtschaft, Seite 9.)

## Wechsel im Chaos?

Von Wolfgang Günter Lerch

Auch der neue Kommandeur der Internationalen Truppen in Afghanistan, General John Allen, hat Erfahrungen im Irak-Krieg gesammelt. General Petraeus, den er ablöst und der neuer Direktor der CIA wird, war gerade deswegen vor einem Jahr mit dem Oberbefehl am Hindukusch beauftragt worden, hatte er doch im Zweistromland Erfolge im Kampf gegen die Terroristen von Al Qaida aufzuweisen gehabt. Nicht ohne gewisse Erfolge hatte er diese Taktik auch auf Afghanistan übertragen. Sein Nachfolger Allen soll besonders gewieft darin sein, mit Stammesführern zu verhandeln und Allianzen mit diesen zu schmieden; diese Fähigkeit wird er an seinem neuen „Arbeitsplatz“ gut gebrauchen können. Viel mehr noch als der Irak wird Afghanistan von Stämmen, Clans und deren Führern geprägt.

Dass noch „viel zu tun bleibe“, wie Petraeus zum Abschied sagte, kann man als diplomatische Untertreibung empfinden; denn der Wechsel an der Spitze wird zu einem Zeitpunkt vollzogen, da sich Anschläge der Taliban wieder zu häufen scheinen. Zuerst traf

es vorige Woche Ahmad Wali Karzai, den einflussreichen Halbbruder Präsident Hamid Karzais, in Kandahar; nun ist auch ein enger Berater Karzais getötet worden. Und als Begleitmusik zur Übergabe erster Sicherheitsverantwortung an die Afghanen in Bamjan töteten die Taliban gleich vier Polizisten.

Nicht nur in Kandahar, wo sie ihre Hochburg haben, auch außerhalb dieser Provinz scheint der Vorrat der Taliban an Kämpfern und Attentätern schier unerschöpflich zu sein. Räumlich reicht das Reservoir bis zu den Paschtunen-Stämmen nach Pakistan hinein. Auch der Einsatz der Bundeswehr ist heute ungleich gefährlicher als zu Beginn der Mission. Angesichts der neuerlichen Gewalt-Eskalation kann man bezweifeln, ob in Afghanistan bis zum vorgesehenen Abzug aller Truppen Ende 2014 eine stabile Ordnung etabliert sein wird. Haben die Taliban ein wenig geändert? Lässt sich aufsetzen manche, die mit ihnen sprechen, ihre Hoffnung. Wird vielleicht die „Arabellion“ auch den Hindukusch erfassen? Afghanistan darf alles werden, nur nicht wieder ein Tummelplatz der dschihadistischen internationalen und Ausgangsort terroristischer Expansion. Schon eine Destabilisierung der Nachbarländer im transkaspischen Raum wäre gefährlich.

## Gegen mächtige Konkurrenz

Von Günter Bannas

Die Vorstellung fällt schwer, die Bundesregierung würde ein außenpolitisches Konzept entwickeln, in dem es hieß: „Asien und Deutschland wollen als Partner auf Augenhöhe mit gemeinsamen Interessen und jenseits überholter Geber-Neher-Strukturen zusammenarbeiten.“ Auch eine Formulierung, „die Mehrheit der über eine Milliarde Asiatinnen und Asiaten fordert Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte“, würde eher an eine Kirchentagsresolution als an eine Maßgabe der Exekutive deutscher Außenpolitik erinnern. Es klinge weltfremd, Indien, Japan, China, Bangladesh, Iran oder die Mongolei über einen Kamm zu scheren. Bezogen auf Afrika und „die Afrikanerinnen und die Afrikaner“ findet sich die Maßgabe im jüngst beschlossenen „Afrika-Konzept“ der Bundesregierung, das nun mit einer Reise der Bundeskanzlerin in die reale Politik übersetzt werden sollte. Schon das Wort von der „Partnerschaft auf Augenhöhe“ klingt hohl – als negiere der sich überlegen Fühlende seine wahren Empfindungen und Gewissheiten.

„Afrika ist wichtig für Deutschland“, heißt es in dem Papier. Doch in der Alltagswirklichkeit der Bundeskanzlerin ist der Kontinent zweigeteilt: in das Afrika nördlich und jenes südlich der Sahara. Der nördliche Teil wird regelmäßig besucht; das restliche Afrika ist außen vor. In den sechs Jahren ihrer Kanzlerschaft war Frau Merkel – sieht man von dem Besuch der Fußballweltmeisterschaft 2010 ab – zwei Mal in Staaten südlich der Sahara: 2007 in Äthiopien, Südafrika und Liberia; nun in Kenia, Angola und Nigeria. Noch nie war ein deutscher Bundeskanzler zuvor in Angola gewesen. Der letzte Kanzler, der Nigeria besuchte, war Helmut Schmidt; Gerhard Schröder war in seiner sieben Jahre langen Kanzlerschaft ein Mal dort. Frau Merkel blieb in deren Kontinuität.

Die Reisen der Bundeskanzlerin verlaufen in Form einer selbstausbeuterischen und nur scheinbar effektiven Hetze. In nicht einem einzigen der besuchten Länder dauerte das Gesprächs- und Besuchsprogramm auch nur zehn Stunden. Gewiss setzten die Angelegenheiten der deutschen Innenpolitik – Atom-Ausstieg, Euro-Beratungen – einen engen zeitlichen Rahmen. Doch die gerne von Frau Merkel verwendete Formel, es gebe „strategische“ Formen der Zusammenarbeit mit den besuchten Ländern, stand in einem krassen Gegensatz zur Realität. Die freundlichen Worte der Gastgeber können nicht darüber hinwegtäuschen.

Frau Merkel weiß, dass sich die Führungen anderer Staaten in weitaus stärkerem Maße engagieren. Der chinesische Staatspräsident Hu und Ministerpräsident Wen reisen, jeder für sich, jährlich durch Afrika – jeweils

zwei Wochen lang und jeweils mit großer Wirtschaftsdelegation im Schlepptau. Die Wirtschaftsdelegation der Bundeskanzlerin umfasste nun Vertreter von nur elf Unternehmen. Ein neuer Vertrag, und sei es nur in Form einer Absichtserklärung, kam nicht zustande. In Angola wurde die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zum Kauf von Patrouillen-Booten kurzfristig abgesetzt, was der angolanische Präsident dos Santos mit dem Hinweis begründete, das Angebot aus Deutschland müsse noch geprüft werden. Von deutscher Seite wurde die angolanische Bürokratie als Ursache ins Feld geführt. Die empörten Reaktionen in Deutschland auf das Vorhaben zur „Ertüchtigung der angolanischen Marine“, wie es Frau Merkel ausdrück-

Afrika ist wichtig für Deutschland, sagt die Bundesregierung. Ist ihr Afrika so wichtig wie den Chinesen? Nicht wirklich.

te, kennzeichnen den engen innenpolitischen Rahmen der Handelstreisenden aus Berlin, und der Vorfall insgesamt ist typisch für die deutsche Afrika-Politik – in ihrem Spannungverhältnis zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischen Werten.

Das Thema „Korruption“ sprang Frau Merkel auf allen Stationen ihrer Reise an. Ihre Gesprächspartner versicherten, die Korruption bekämpfen zu wollen. Ob sie die Mahnungen der Kanzlerin gerne gehört haben, steht auf einem anderen Blatt. Die chinesischen Konkurrenten mit ihrem staatswirtschaftlichen Verständnis kommen anders daher. Sie geben keine Ratschläge, wie eine Staatsverwaltung, wie Demokratie und Rechtsstaat zu organisieren seien. Sie fragen nicht nach der Einhaltung von Menschenrechten und haben keine politischen Rücksichten zu nehmen. Sie kommen mit großzügigen Geschenken, dem Bau von Regierungsgebäuden etwa. „Wer nur auf die Wirtschaft schaut, hat es leichter, als wenn er auch auf Werte achtet“, hat Entwicklungshelferminister Dirk Niebel (FDP) einmal gesagt. Im Konzept der Regierung heißt es: „Unsere Partner in Afrika sind dabei an erster Stelle jene Länder, die diese Werte teilen.“ Von denen gibt es nicht viele.

Die Zusammenarbeit der mit Afrika befassten Bundesministerien – das Auswärtige Amt, das Entwicklungshelferministerium, aber auch das Ernährungsministerium – soll nun reibungsloser verlaufen als früher. Ressortegoismen gebe es nicht mehr. Die Federführung liege beim Außenministerium. Sicherheitshalber aber verfügt Frau Merkel – in Gestalt des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Günter Nooke – über einen eigenen „persönlichen Afrika-Beauftragten“.



Briefe an die Herausgeber	32	Zeitgeschehen	8	Netzwirtschaft	15	Sport	25
Technik und Motor	11	Wirtschaft	9	Wetter	16	Feuilleton	27
Impressum	4	Unternehmen	12	Finanzmarkt	17	Medien	33
Deutschland und die Welt	7	Menschen und Wirtschaft	14	Kurse	20	Fernsehen und Hörfunk	34

## STREIFZÜGE

## Groß Lüsewitz

## Raus aus der Kartoffel

Groß Lüsewitz ist ein Standort der Agrarforschung mit Tradition. In der DDR-Zeit war hier die Kartoffelforschung des Ostblocks zentralisiert. Heute gibt es in dem Ort bei Rostock noch ein Gründerzentrum für Pflanzenzüchtung. Die Bioaktiv GmbH mit 20 Mitarbeitern hat sich 2004 dort angesiedelt. Der Betrieb bietet Dienstleistungen bei Entwicklung, Analyse und Bewertung von agrobiotechnologischen Produkten und Methoden an. Anbauversuche im Feld gehören dazu wie auch Gewächshausversuche und gentechnische Analysen im Labor. Bioaktiv verfügt über etwa 15 Hektar landwirtschaftliche Fläche in Groß Lüsewitz und 25 in Üplingen in Sachsen-Anhalt.

An beiden Standorten wurden vor ein paar Tagen mehrere Felder zerstört.

In Groß Lüsewitz drangen die Täter gewaltsam in das Gelände ein, überfielen einen Wachmann, nahmen ihm das Handy weg und hielten ihn fest. Dabei wurde er mit Scheinwerfern geblendet. Die Kartoffelpflanzen wurden ausgerissen und der Weizen zertrampelt.

2009 gab es schon einmal solche Zerstörungen. Es wurde ermittelt, es gab auch Verdachtsfälle, es kam aber zu keiner Verurteilung. Diesmal zerstörten die Täter nur Felder, die zu einem Versuch gehörten. Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen in Europa einfacher zu machen. Derzeit sind die Verfahren derart umfangreich und kosten mehrere Millionen Euro, so dass sich Klein- und Mittelbetriebe das nicht leisten können. Damit werde nach den Worten von Bioaktiv-Geschäftsführerin Kerstin Schmidt der Anbau gentechnischer Pflanzen immer weiter monopolisiert. Bioaktiv arbeitet bei diesen Versuchen für die Universität Rostock und die TU Zürich. Die Freilandversuche waren ein Herzstück.

Es ging um die für die Genehmigung relevanten Sicherheitsfragen, einerseits bei der Tierfütterung und damit der Nahrungskette, andererseits bei den Umweltfaktoren auf einem Feld. Frau Schmidt forderte die Politik auf, sich vorurteilsfrei mit der sogenannten grünen Gentechnik auseinanderzusetzen. „Eine fast parteiübergreifende Angstpolitik gegen Zukunftstechnologien wie die grüne Gentechnik scheint eine Ermütigung und einen sicheren Rückhalt auch für Straftaten zu bieten.“ FRANK PERGANDE

„Dänemark muss nachweisen, dass die Lage tatsächlich so ernst ist, dass Kontrollen gerechtfertigt sind, die den Reiseverkehr nach Deutschland und Dänemark beeinträchtigen können“, sagte Frau Malmström. Sie habe einen Brief an die dänische Regierung mit der Bitte um weitere Erläuterungen geschickt. Man werde das dänische Vorgehen weiterhin streng überwachen.

Kurz bevor die Kommission ihre Stellungnahme veröffentlichte, hatte Bundesinnenminister Friedrich noch die Einschätzung vertreten, dass die dänischen Kontrollen nicht zu beanstanden seien. Vor einer Sitzung der EU-Innenminister im polnischen Sopot sagte Friedrich, nach seinen Informationen handle es sich nur um Stichproben, die außerdem nicht auf Personen ausgerichtet seien. Er sah allenfalls noch ein Problem in dem „Negativsignal“, das die Dänen mit der Wiedereinführung von Binnenkontrollen im Schengen-Raum ausgesandt hätten. Bisher hatte Berlin Dänemark scharf kritisiert und ein Ende der Kontrollen verlangt.

In Sopot tauschten sich die Minister abermals über die Frage aus, ob das Schengen-Abkommen so geändert werden soll, dass im Fall eines Massenansturms auf die EU-Außengrenzen vorübergehend wieder Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums erlaubt sind. Obwohl die Staats- und Regierungschefs hier kürzlich einen Gesetzesvorschlag der Kommission erben haben, zeigten sich am Montag doch viele Mitgliedstaaten zurückhaltend. Unter anderem Spanien, Belgien und die Niederlande argumentierten, man solle nicht darüber reden, was geschehe, wenn die Außengrenzen zusammenbrächen, sondern lieber daran arbeiten, dass das gar nicht erst geschehe.

Nur Frankreich, das kürzlich nach dem Migrantenansturm auf Lampedusa seine Grenze zu Italien kurzzeitig wieder kontrolliert hatte, verlangte eine Änderung des Abkommens. Nach französischer Vorstellung soll auf Vorschlag der Kommission eine Mehrheit der Mitgliedstaaten beschließen können, dass ein Massenansturm vorliegt, der die Wiedereinführung von Binnenkontrollen erforderlich macht. Das EU-Parlament solle unterrichtet werden. Jeder Mitgliedstaat soll aber auch das Recht erhalten, Kontrollen von sich aus einzuführen, und sie im Nachhinein über dasselbe Verfahren billigen zu lassen.

Die meisten anderen Mitgliedstaaten ließen nach Auskunft von Beamten keine Zustimmung zu diesem Modell erkennen. Paris sei im Grunde isoliert gewesen, weil die anderen lieber den Schutz der Außengrenzen verstärkt sehen wollten und dazu vor allem Überprüfungen der Mitgliedstaaten durch die Grenzschutzagentur Frontex wollten. Friedrich sagte allerdings vor der Presse, er könne sich neue Regeln für das Schengen-Abkommen als „ultima ratio“ vorstellen. Zu den Gegnern einer Gesetzesänderung zählt auch das Europaparlament, das vor wenigen Tagen eine entsprechende Resolution verabschiedet hat.

Eine leichte Aufweichung der deutschen Position ließ Friedrich in der Frage des Beitritts von Bulgarien und Rumänien zum Schengen-Raum erkennen. Bisher hat Berlin die Aufnahme der beiden Länder, die die grenzpolizeilichen Voraussetzungen für Schengen seit kurzem erfüllen, zusammen mit Frankreich und den Niederlanden unter Verweis auf allgemeine Defizite in der Korruptionsbekämpfung blockiert. Jetzt sagte Friedrich, er habe Paris und den Haag signalisiert, dass er sich „durchaus“ mit einem gestuften Verfahren anfreunden könne.

Die Botschaft der Troika lautet: Wenn die Regierung nicht führt, dann führen wir! Die SPD ist und bleibt die Europapartei und sucht auch in Zeiten schlechter Umfragewerte ihr Heil nicht darin, mit Kritik an Europa den Zuspätschieben zu mehr. Denn eher früher als später könnte die SPD wieder regieren.

Gabriel sagt, die öffentliche Unterstützung der Regierung sei wichtiger als die parlamentarische. Der Parteivorsitzende weiß, dass die Tage von Schwarz-Gelb gezählt sind, sollte die Regierung

Fortsetzung von Seite 1

## EU-Kommission rügt dänische Kontrollen

„Dänemark muss nachweisen, dass die Lage tatsächlich so ernst ist, dass Kontrollen gerechtfertigt sind, die den Reiseverkehr nach Deutschland und Dänemark beeinträchtigen können“, sagte Frau Malmström. Sie habe einen Brief an die dänische Regierung mit der Bitte um weitere Erläuterungen geschickt. Man werde das dänische Vorgehen weiterhin streng überwachen.

Kurz bevor die Kommission ihre Stellungnahme veröffentlichte, hatte Bundesinnenminister Friedrich noch die Einschätzung vertreten, dass die dänischen Kontrollen nicht zu beanstanden seien. Vor einer Sitzung der EU-Innenminister im polnischen Sopot sagte Friedrich, nach seinen Informationen handle es sich nur um Stichproben, die außerdem nicht auf Personen ausgerichtet seien. Er sah allenfalls noch ein Problem in dem „Negativsignal“, das die Dänen mit der Wiedereinführung von Binnenkontrollen im Schengen-Raum ausgesandt hätten. Bisher hatte Berlin Dänemark scharf kritisiert und ein Ende der Kontrollen verlangt.

In Sopot tauschten sich die Minister abermals über die Frage aus, ob das Schengen-Abkommen so geändert werden soll,

Fortsetzung von Seite 1

## Neue Gewaltwelle in Afghanistan

Die „Übergangsphase“ für Afghanistan, die diesen Monat begonnen hat und im Jahr 2014 mit der kompletten Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch die Regierung in Kabul ende soll, ist schon seit Wochen von schweren Rückschlägen überschattet. Ende Juni stürmte ein Terrorkommando das Kabuler Hotel Intercontinental, das als besonders sicher galt. In der vergangenen Woche wurde Ahmad Wali Karzai erschossen, Halbbruder und enger Verbündeter des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai. Bei der Aktion bezichtigten sich die Taliban, wobei Zweifel geblieben sind, ob Ahmad Wali Karzai womöglich Opfer einer privaten Fehde wurde. Bei der Trauerfeier in Kandahar am vergangenen Mittwoch gelang den Aufständischen beinahe ein Attentat auf den Gouverneur von Helmand, Gulab Mangal; die Bombe verletzte zwei seiner Leibwächter.

Am Sonntag verlor der afghanische Präsident Karzai mit Jan Muhammad Khan einen weiteren Vertrauten. Ein Terrorkommando verschaffte sich am Abend Zutritt zu seinem Haus in Kabul und tötete Khan sowie einen befreundeten Parlamentsabgeordneten, Muhammad Hashim Watanab. Nach Darlegung des afghanischen Geheimdienstes CIA an. Sein Nachfolger Allen war erst vor kurzem zum Vier-Sterne-General befördert worden.

Fortsetzung von Seite 1

## SPD will Bundesregierung in der Euro-Krise unterstützen

Rösler sagte weiter: „Vor allem brauchen wir den Einstieg in eine private Gläubigerbeteiligung.“ Der Wirtschaftsminister begrenzt mit seiner Ablehnung des Ankaufs griechischer Anleihen durch den EFSF den Spielraum der Kanzlerin. So wird derzeit diskutiert, dem Euro-Rettungsfonds ESFS künftig den Kauf griechischer Anleihen zu erlauben. Da die Kurse stark gefallen sind, ließe sich so die Gesamtverschuldung reduzieren. Dazu müssten aber die Verträge geändert werden, was wiederum die Zustimmung des Bundestages erfordert. Nach einem anderen Modell, das derzeit geprüft wird, stellt der EFSF Schuldenländern wie Griechenland zusätzliche Mittel zur Verfügung, damit das Land eigene, mit hohen Abschlägen gehandelte Anleihen erwerben kann. Nach den Worten Röslers sollte von dem Sondergipfel ein „klares und glaubwürdiges Signal“ ausgehen, um das Vertrauen in



## Wo ist das neue Maastricht?

Die Tageszeitung „Ouest France“ (Rennes) schreibt zur Krise in der Eurozone:

„Gefahr, Sturmwarnung... Beim bevorstehenden Sondergipfel zur Euro-Krise in Brüssel wird sicherlich ein Kompromiss gefunden werden. Doch kann dies ausreichen, wenn er nicht von einer radikalen politischen Wende begleitet wird? Das ist zu bezweifeln. Zahlreiche Fachleute meinen, dass die Währungsunion, so wie sie in Maastricht konzipiert wurde, ein Ungleichgewicht geschaffen hat – zwischen einer gemeinschaftlichen Geldpolitik und einer Haushaltspolitik, die national geblieben ist. Dafür zahlen wir nun einen hohen Preis.“

## China auf der Überholspur

Das Wiener Blatt „Kurier“ beschäftigt sich vor allem mit der Finanzlage der wirtschaftlichen Großmächte: „Verrückte Welt: Die Schuldenberge einzelner Staaten der Europäischen Union sind eine Bedrohung für den Euro, wenn nicht für den Fortbestand der gesamten Union; die Vereinigten Staaten sind mit mehr als 14 Billionen Dollar in der Kreide und ohne politische Einigung in wenigen Tagen zahlungsunfähig; und China – schwimmt förmlich im Geld. Schon seit Jahren ist die neue Wirtschaftsmacht auf großer Shoppingtour rund um den Erdball... Gewiss, China ist global auf der Überholspur und wird weiter an Bedeutung gewinnen. Doch die Amerikaner und Europa sollten die Kraft haben, die Krise zu überwinden und dem asiatischen Giganten auf Augenhöhe zu begegnen. Und dieser sollte bedenken, dass im globalen Dorf einer ohne den anderen nicht sein kann. Fällt einer, fallen alle.“

## Reform vor Gericht

Kurz vor der Landtagswahl wird klar werden, ob die Kreisreform in Mecklenburg-Vorpommern mit der Verfassung vereinbar ist. Wenn nicht, hat die CDU ein Problem. Zeitgeschehen, Seite 8

„mehr als nur ein Berater“ für den afghanischen Präsidenten. Der frühere Gouverneur von Uruzgan sei für Karzai vielmehr eine „Vaterfigur“ gewesen.

Ungeachtet der schwierigen Lage wurde am Sonntag die Provinz Bamyan von der Isaf an die afghanischen Streitkräfte übergeben. Als zweite der zunächst sieben Regionen soll an diesem Dienstag ein Distrikt in der Provinz Laghman in afghanische Obhut übergehen. Lashkar Gah, die Hauptstadt Helmands, soll einen Tag später folgen. Admiral Mike Mullen, der als amerikanischer Generalstabschef der Abschiedszeremonie beiwohnte, nahm am Montag die Phase nach dem Übergang in den Blick: „Unsere Militärpräsenz wird sich, wie es sein soll, nach 2014 verringern, aber unsere Partnerschaft wird noch lange darüber hinaus anhalten“, sagte er.

Petraeus sprach den afghanischen und internationalen Soldaten in seiner Abschiedsrede „tiefen und bleibenden Dank“ für ihren Dienst aus. An die Afghanen gerichtet sagte er: „Sie haben den Feinden Afghanistans gezeigt, dass Sie willens und in der Lage sind, Gewalt und Einschüchterung zu trotzen.“ Der scheidende Kommandeur tritt nun seinen Dienst als neuer Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA an. Sein Nachfolger Allen war erst vor kurzem zum Vier-Sterne-General befördert worden.

## Obama trotz Pekings Zorn

Die „Neue Zürcher Zeitung“ befasst sich mit dem Treffen zwischen Barack Obama und dem Dalai Lama:

„Wie weit die Begegnung im Map Room des Weißen Hauses die Beziehungen zwischen Washington und Peking wirklich beeinträchtigen wird, wird sich bald zeigen, denn Außenminister Clinton wird in Kürze zu einem Besuch im südhinesischen Shenzhen erwartet. Obamas Treffen mit dem spirituellen Oberhaupt der Tibeter ist kein erstmaliges Ereignis: Das letzte Mal hatte der amerikanische Präsident den Dalai Lama im Februar 2010 empfangen. Speziell war an dem Besuch jetzt nur der Umstand, dass Peking derzeit mit Unruhe bereits den Streit im Kongress über die amerikanische Verschuldung wahrnimmt. Als größter Gläubiger der Vereinigten Staaten mit Anleihen von über einer Billion Dollar im Portfolio fürchtet Peking herbe Verluste für den Fall, dass Amerika Probleme mit seinem Schuldendienst bekommt.“

## Wie die Pawlowschen Hunde

Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten mit dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter äußert die Wiener Tageszeitung „Die Presse“:

„Wenn es nicht den Dalai Lama geht, reagiert Chinas Regime so vorhersehbar wie der Pawlowsche Hund: Kaum lässt sich der Tibeter irgendwo blicken, wird gebellt. Somit überrascht es nicht, dass nach Obamas Treffen mit dem Dalai Lama der amerikanische Botschafter in Peking zur Kopfwehke zitiert wurde. Mehr kann sich China nicht leisten... Das Maximum der Provokation wäre wohl eine Visite von Sarah Palin. Doch an der Tea Party will sich in Peking niemand die Finger verbrennen.“

Die Stabilitätsmechanismen des Euro insgesamt zu stärken. Denn Deutschland als Exportnation sei auf einen starken Euro angewiesen. „Aber auch, wenn eine Feuerreaktion notwendig sein sollte: Zentrale Positionen müssen gewahrt bleiben, so wie sie der Deutsche Bundestag festgelegt hat“, sagte er. Das bedeute: „Eurobonds und damit eine Gesamthaftung Deutschlands für nationale Defizite anderer Staaten darf es nicht geben.“

CDU-Generalsekretär Gröhe versicherte, seine Partei sei und bleibe „die große Europa-Partei“ in Deutschland. Daran habe es im Bundesvorstand seiner Partei keine Zweifel gegeben, sagte er nach Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstands am Montag in Berlin. Die Europa-Orientierung gehöre zur „DNA der CDU“. Die werde gemeinsam verteidigt. Mit Blick auf Berichte, unter CDU-Politikern gebe es Zweifel an der europapoliti-

schen Festigkeit und am Willen der Parteiführung, die Tradition der Politik des früheren Bundeskanzlers Kohl fortzusetzen, äußerte Gröhe, solche Darlegungen habe es unter den Vorstandsmitgliedern nicht gegeben. Doch forderten Sorgen der Menschen die Partei heraus, ihre Europa-Politik zu erläutern. Diese „Herausforderung“ solle auf CDU-Regionalkonferenzen im Herbst bewältigt werden.

Gröhe versicherte auch, es gebe Gemeinsamkeiten mit Helmut Kohl selbst. Dieser habe am Wochenende ein ihm zugeschriebenes Zitat, die Kanzlerin „macht mir mein Europa kaputt“ als „frei erfunden“ bezeichnet. Gröhe sagte, er sei am Montag vergangener Woche bei Kohl zu Hause gewesen. Die Führung der CDU teile Kohls Auffassung, es sei ein Fehler der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder gewesen, dass Griechenland in den Euro-Raum

aufgenommen worden sei; zudem sei die Partei-Führung mit Kohl der Meinung, die „Aufweichung“ der Euro-Stabilitätskriterien falle ebenfalls in die Verantwortung der früheren rot-grünen Bundesregierung. Wer aber für die „Malaise“ verantwortlich sei, sei nicht als Arzt geeignet. Gröhe sagte, die CDU wolle den Euro als „stabile Währung“ verteidigen. Es habe sich erwiesen, dass der Euro stabiler als die D-Mark und der Dollar sei. Der Euro sei ein „Baustein“ für eine gute Zukunft Europas. Gröhe warnte vor anti-europäischem Populismus. Dass es in der CSU „da und dort unterschiedliche Akzente“ gebe, habe innerhalb der CSU selbst zu Debatten geführt, sagte Gröhe mit Blick auf Auseinandersetzungen über ein Papier des CSU-Generalsekretärs Dobrindt. Doch habe er keinen Zweifel, dass CDU und CSU an „einem Strang“ zögen.

Die Botschaft der Troika lautet: Wenn die Regierung nicht führt, dann führen wir! Die SPD ist und bleibt die Europapartei und sucht auch in Zeiten schlechter Umfragewerte ihr Heil nicht darin, mit Kritik an Europa den Zuspätschieben zu mehr. Denn eher früher als später könnte die SPD wieder regieren.

Gabriel sagt, die öffentliche Unterstützung der Regierung sei wichtiger als die parlamentarische. Der Parteivorsitzende weiß, dass die Tage von Schwarz-Gelb gezählt sind, sollte die Regierung

## Kanzlerin plus Troika gleich Quadriga

Gabriel, Steinmeier und Steinbrück präsentieren sich als Gegenentwurf zum „Gewurstel“ Angela Merkels. Dass man ihr Hilfe anbietet, kann die eigene Seriosität nur untermauern.

Von Majid Sattar

BERLIN, 18. Juli. Es müssen ernste Zeiten sein, wenn die informelle SPD-Troika Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück gemeinsam vor die Hauptstadtpresse treten und es knapp eine Stunde dauert, bis sie nach dem Kanzlerkandidaten gefragt werden. Nach Meinung der drei sind die Zeiten so ernst, dass es nicht mehr nur um die Zukunft des Euro gehe, sondern um das gesamte „europäische Projekt“. Deshalb haben zwei der drei – der Parteivorsitzende Gabriel und der Fraktionsvorsitzende Steinmeier – der Kanzlerin ein Brief geschrieben, in dem sie ihrer festen Bereitschaft Ausdruck verleihen, die Bundesregierung zu unterstützen, wenn an diesem Donnerstag vom EU-Krisentreffen in Brüssel „kräftige Signale“ ausgehen. Die Kanzlerin sei aufgerufen, politische Führung zu übernehmen. Die SPD sei bereit, zitiert Gabriel aus dem Brief, eine „sinnvolle und drängende Lösung“ für die Griechenland-Krise zu unterstützen – parlamentarisch und politisch. Letzteres soll heißen: auch in der Öffentlichkeit, denn auf den Bürger kämen enorme Belastungen zu, die sicher Zorn erregen würden. Auf die Frage, ob die parlamentarische Unterstützung im Herbst auch für den Fall gelte, dass die Regierung eine eigene Mehrheit fehle? Antwort Gabriel: „Ja!“ Das widerspricht der bisherigen Linie, wonach es Brauch sei, dass eine Regierung nur dann mit einer sachlich gebotenen Unterstützung der Opposition rechnen dürfe, wenn ihre eigene Mehrheit stehe. Erst jüngst hatte Gabriel Angela Merkel im Bundestag zugerufen, nach der Sommerpause nicht zurückzukommen, um einen weiteren Neustart zu verkünden, sondern dann lieber aufzuhören.

Die Botschaft der Troika lautet: Wenn die Regierung nicht führt, dann führen wir! Die SPD ist und bleibt die Europapartei und sucht auch in Zeiten schlechter Umfragewerte ihr Heil nicht darin, mit Kritik an Europa den Zuspätschieben zu mehr. Denn eher früher als später könnte die SPD wieder regieren.

Gabriel sagt, die öffentliche Unterstützung der Regierung sei wichtiger als die parlamentarische. Der Parteivorsitzende weiß, dass die Tage von Schwarz-Gelb gezählt sind, sollte die Regierung

beim zweiten Griechenland-Paket auf die Stimmen der SPD angewiesen sein. Worum die SPD mit Angela Merkel reden will, erläutert sodann der ehemalige Finanzminister Steinbrück, der etwas säuerlich zu Protokoll gibt, dass er in den vergangenen anderthalb Jahren nicht mit der Kanzlerin gesprochen habe. Auf die Frage, warum Frau Merkel seinen Rat nicht suche, sagt er, mar möge ihm „Psychologisierungen“ ersparen. Die Kanzlerin, sagt er nun, hätte zu Beginn der Griechenland-Krise tun sollen, was beide 2008 auf dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrise gemeinsam taten, als sie die Spareinlagen der Deutschen garantierten und damit ein Signal der Sicherheit aussendeten. Stattdessen habe sie sich von Krise zu Krise „gewurstel“. Diese Strategie sei „offenbar gescheitert“.

Nun fordert Steinbrück neben Altkanzler – Europäischen Bankeninsolvenzrecht, Marshallplan für periphere Mitgliedstaaten, Finanzmarkt-Transaktionssteuer – auch eine Umschuldung der griechischen Staatsschuld in Verbindung mit einem Schuldenschnitt in der Größenordnung von 40 bis 50 Prozent. Zudem müsse es eine Garantie für Rest- und Neuschulden geben, möglichst durch Eurobonds. Das sei nicht ohne Risiko, aber weniger riskant als weiteres Durchwursteln. Die Umschuldung müsse notfalls zwangsweise kommen. Sollten die Ratingagenturen daraufhin ein Kreditereignis feststellen, also Griechenland für zahlungsunfähig erklären, empfiehlt Steinbrück, ein solches Rating „schlicht zu ignorieren“, schließlich sei Athen derzeit auf den Finanzmärkten gar nicht tätig. Zudem solle sich die EZB wieder auf ihr geldpolitisches Mandat beschränken, indem die von ihr aufgekauften Staatsanleihen vom Rettungsschirm übernommen würden.

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

Die SPD will in der Krise aus der Opposition heraus mitregieren. Die SPD – das ist in diesem Fall eine Troika, die aus Gabriel besteht und den beiden „Stones“ Steinbrück und -meier, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden größtes Vertrauen in der Bevölkerung genießen, weil sie in der großen Koalition geführt hätten. Er weiß, dass diese Formulierung Fragen danach provoziert, wer von ihnen regieren solle, wenn die SPD dereinst wieder aus der Regierung heraus regiere – und welche Rolle ihm, Gabriel, dann zukäme. Weil diese Fragen sich noch nicht von selbst beantworten sollen, scheint es ihm wichtig, einstweilen neben Steinbrück noch über einen weiteren „Stone“ zu verfügen. Die Entwicklung darf offenbar nicht allzu deutlich auf Steinbrück zu – und an der Partei vorbeilaufen. Gabriel möchte derjenige sein, der die Frage zu gegebener Zeit beantwortet. (Kommentar Seite 8.)

## STIMMEN DER ANDEREN

## Havels Protest war wohl entscheidend

Zur Entscheidung der Quadriga-Jury, den Preis doch nicht Moskaus Regierungschef Putin zu verleihen, meint die Warschauer Tageszeitung „Rzeczpospolita“:

„Die Änderung der Entscheidung über den Quadriga-Preis für Putin hat gezeigt, dass die Ansicht, wonach Russland für die Wirtschaftszusammenarbeit in den Himmel gehoben werden soll – ohne auf den Zustand der Demokratie und der Menschenrechte dort zu achten – an Popularität verliert. Gegen den Preis für Putin haben wichtige deutsche Politiker, allen voran die Grünen, aber auch Mitglieder der Union protestiert. Sie haben nicht darauf geachtet, dass die deutsche Industrie einen womöglich hohen Preis für diesen Affront gegenüber dem wichtigsten Mann in Russland zu entrichten haben wird. Alles weist darauf hin, dass die Schlüsselrolle in diesem Fall der schwerkranken Václav Havel gespielt hat. Die Angst davor, dass „das Gewissen Ostmitteleuropas“ seine Quadriga zurückgibt, hat zur Änderung der Entscheidung des Kuratoriums geführt.“

## Wem die Quadriga-Entscheidung vielleicht nützt

In der „Saarbrücker Zeitung“ lesen wir dazu: „Wenn es nicht so grotesk wäre, müsste man der ‚Werkstatt Deutschland‘ sogar Dank zollen. Ungewollt hat der elitäre Klub den Fokus auf das pseudodemokratische System in Moskau gerichtet, das Putin maßgeblich mitzuverantworten hat. Vielleicht kann die internationale wahrgenommene Blamage des Moskauer Regierungschefs auch als ein aufmunterndes Signal für alle jene verstanden werden, die unter politischer Willkür und Machtmissbrauch zu leiden haben: Sie sind nicht ganz vergessen.“

## Die macht mir noch mein Europa kaputt

Der Berliner „Tagesspiegel“ widmet sich der neuerlichen Kritik Helmut Kohls an Angela Merkel. „Die macht mir noch Europa, mein Lebenswerk, kaputt“, fürchte der Einheitskanzler:

„Helmut Kohl fürchte, seine Nachfolgerin Angela Merkel mache ihm sein Europa kaputt. Ein Lebenswerk. Es mag sein, dass sein Arm nicht mehr sehr weit in die CDU hineinreicht. Aber je länger die Liste dessen wird, was früher für die Partei selbstverständlich war und heute als Ballast abgeworfen wird; je länger unerklärt bleibt, wofür die CDU noch steht; je mehr sie entkernt und entpolitisiert wird – desto drängender wird die eine Frage: wofür? Helmut Kohl sagt sich heute mehr denn je mächtig, Wolfgang Schäuble nicht zur Kanzlersche“ verholten zu haben. Und mehr denn je mit seinem direkten Nachfolger im Vorsitzendenamt übereinstimmen.“

## Rufe nach der Euro-Kanzlerin

Die „Westdeutsche Zeitung“ (Düsseldorf) rät Kanzlerin Merkel zu stärkerem europäischem Engagement:

„Angela Merkel wäre nicht nur aus innerparteilichen Gründen gut beraten, wenn sie sich entschliesse, Gestalterin und Krisenmanagerin des schon etwas ramponierten Europa werden zu wollen. Denn schließlich hat ihre Partei bisher die positive Entwicklung der Europäischen Union vorangetrieben – und auch die gravierenden Fehler mitverantwortet. Die Kanzlerin kann sich also nicht aus der Verantwortung stehlen. Außerdem wäre das wirtschaftlich nicht klug. Denn trotz aller Bedrohungen wegen der Euro-Krise ist Deutschland einer der Hauptprofiteure der Einheitswährung.“

## Britische Regierung warnt vor neuer Finanzkrise

### Sorgen um den Euro werden größer / Neues Haushaltsloch in Portugal entdeckt

Lt./wie./wmu. LONDON/MADRID/BRÜSEL, 18. Juli. Vor dem Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs des Euroraums steigt auch außerhalb der Währungsunion die Sorge um den Euro. Der stellvertretende britische Premierminister Nick Clegg hat sich „unglaublich besorgt“ über die Gefahr einer neuen globalen Finanzkrise geäußert. Clegg sagte dem britischen Sender BBC, die Bedeutung der finanziellen Ungewissheit in den Vereinigten Staaten, wo politische Kämpfe das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brächten, sowie die wachsende staatliche Zahlungskrise innerhalb der Eurozone seien „überaus ernst“.

Clegg, dessen liberaldemokratische Partei als kleiner Partner in einer Koalition mit den Konservativen regiert, forderte indirekt Premierminister David Cameron zu mehr Engagement bei der Abwehr einer europäischen Schuldenkrise auf. Er sagte, ohne Cameron mit Namen erwähnen, „falls irgendjemand denkt, dass wir irgendwie den europäischen Schwierigkeiten den Rücken zudrehen können und unsere Hände in Unschuld waschen, dann ist das ein Irrtum“. Die europäische Krise habe einen direkten Einfluss auf Arbeitsplätze in Großbritannien, auf die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen in diesem Land.

Clegg sagte, er glaube, die britische Regierung müsse „hinter den Kulissen eine aktive Rolle spielen“, obwohl das Vereinigte Königreich selbst nicht Mitglied des Euroraums sei.

Am Montag setzte sich die Diskussion über einen angemessenen Umgang mit der Euro-Schuldenkrise fort. Es blieb aber offen, auf welche Lösungen sich die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag einigen könnten. Im Gespräch blieben ein echter Schuldenschnitt, verbunden mit dem Tausch griechischer Staatsanleihen in längerfristige, mit Garantien besicherte Papiere, ein (wahrscheinlich vom Euro-Krisenfonds EFSF finanzierter) Rückkauf eigener Staatsanleihen, sowie Eurobonds, also die Ausgabe eigener Anleihen durch die Eurogruppe.



Drastische Warnung: Der britische Vize-Premierminister Nick Clegg im britischen Sender BBC

Foto Getty Images

Nach Bundesbankpräsident Jens Weidmann warnte auch Bundesbank-Vorstandsmitglied Joachim Nagel vor einem Schuldenschnitt und Eurobonds. Eine wie auch immer geartete Umschuldung oder die Ausgabe von gemeinsamen europäischen Anleihen, um Athen zu helfen, führe zu Fehlanreizen und untergrabe die Grundfesten des Euro, schrieb Nagel in einem Beitrag für die Nachrichtenagentur Reuters. Solche Vorschläge sicherten weder den Schutz der Steuerzahler, „noch wird hinreichend berücksichtigt, dass die Grundlagen der Währungsunion mehr und mehr untergraben werden“, schrieb Nagel.

Nach Griechenland hat auch Portugal mit zusätzlichen Haushaltslöchern zu

kämpfen. Wie Ministerpräsident Pedro Passos Coelho am Wochenende mitteilte, wurde ein Fehlbetrag in der Staatskasse von rund 2 Milliarden Euro bemerkt. Er soll zum einen durch die unlängst beschlossene Sondersteuer auf das Weihnachtsgeld der Arbeitnehmer und zum anderen durch Ausgabenkürzungen in der öffentlichen Verwaltung ausgeglichen werden. Die genauen Maßnahmen sollen bis Ende August bekannt gemacht werden. Die neue bürgerlich-konservative portugiesische Regierung bekräftigte zugleich, dass sie ihr Ziel erreichen und das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf 5,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verringern werde. Im ersten Quartal betrug es noch 7,7 Prozent und im Vorjahr 9,2 Prozent. Die griechische Regierung hatte in der ver-

gangenen Woche mitgeteilt, dass das Haushaltsloch im ersten Halbjahr 2011 größer ausgefallen sei als im Hilfsprogramm mit der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbart. Nach vorläufigen Zahlen habe das Staatsdefizit 12,78 Milliarden Euro betragen, während im Kreditprogramm nur 10,37 Milliarden Euro ausgewiesen sind. Sowohl bei den Ausgaben wie bei den Einnahmen verfehle Athen die Programmvorgaben. Die Steuereinnahmen blieben um 13 Prozent hinter den Vorgaben zurück, die Ausgaben waren 4 Prozent höher als veranschlagt. Die Regierung begründet die Diskrepanz mit der länger als erwartet andauernden Rezession und erwartet, das Haushaltsloch mit dem neu beschlossenen Sparprogramm schließen zu können.

## Heute

**Die siechende Doha-Runde**  
Die allgemeine Doha-Freihandelsrunde sieht dahin, aber die zwischenstaatlichen Freihandelsabkommen sprießen – höchst beunruhigend aus der Sicht des WTO-Chefs Pascal Lamy. **Seite 10**

**Weißrussland am Abgrund**  
Die weißrussische Staatswirtschaft des Diktators Lukaschenka ist auf dem Weg in den Abgrund – und auch Russland will ihm nicht mehr einfach helfen. Die Inflation steigt, der Wohlstand sinkt. **Seite 10**

**Murdochs Kampf**  
Rupert Murdoch kämpft um sein Lebenswerk. Bislang hat die Familie in dem Medienkonzern das letzte Wort. Doch der eskalierende Abhörskandal setzt sie immer stärker unter Druck. **Seite 12**

**Suzuki gegen Volkswagen**  
Die beiden Autohersteller Suzuki und Volkswagen sind mit ihrer Zusammenarbeit unzufrieden. Während die Japaner den Ton verschärfen, wiegelt Wolfsburg ab. **Seite 13**

**Philips muss mehr sparen**  
Der niederländische Elektronikkonzern hat im zweiten Quartal unerwartet hohe Verluste verbucht. Jetzt verschärft er seinen Sparkurs und hofft auf Medizintechnik. **Seite 13**

**Der oberste Steuerriecher**  
Rudolf Mellinghoff dürfte bald Präsident des Bundesfinanzhofs werden. Er könnte zu einer wichtigen Stimme in den Kämpfen um die Vereinfachung des Steuerrechts werden. **Seite 14**

**Osrams offene Flanke**  
Im Patentstreit um Leuchtdioden hat sich die Lichtsparte von Siemens mit den Giganten Samsung und LG angelegt. Die lassen sich nicht einschüchtern. **Seite 16**

Im Gespräch: Otmar Issing, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank

## „Umschuldung in der Währungsunion wäre der GAU“

Für Otmar Issing gibt es keine Alternative zu einem harten Schuldenschnitt Griechenlands. Eine weitere Mitgliedschaft in der Währungsunion würde deren Ende bedeuten.

Was unterscheidet den nächsten Euro-Krisenipfel von allen vorangegangenen?  
Nun setzt sich die Wirklichkeit unerbittlich durch: Griechenland wird seine Schulden nicht bedienen können. Simulationen, die etwas anderes zeigen, beruhen auf unrealistischen Annahmen. Ein massiver Schuldenschnitt ist also unvermeidlich.

Ist eine Umschuldung im Euroraum eine Lösung?

Nein. Bleibt Griechenland danach Mitglied in der Währungsunion und kann auf weitere Hilfen sowie Refinanzierung bei der EZB vertrauen, ist das Ende der Währungsunion eingeläutet.

Warum?

In Griechenland würden so gut wie alle Reformbemühungen eingestellt. Das Land erhielte faktisch einen Freibrief, mit der verhängnisvollen Politik der Vergangenheit fortzufahren. Der Zugang zum Finanzmarkt wäre weiter versperrt, die Notwendigkeit eines weiteren Schuldenschnitts nach einigen Jahren wäre programmiert.

Was wären die Folgen für die Währungsunion?

Die unvermeidliche Ausbreitung auf andere Mitgliedstaaten wäre der wirkliche GAU. Kann man sich vorstellen, dass ein Land wie Irland dann seinen Kurs fortsetzt? Einen Kurs, der das Land auf einem guten Weg sieht. Wie soll die Regierung ihren Bürgern erklären, dass weitere harte Einschnitte notwendig sind, wenn es denn so viel leichter geht, indem man sich über die drastische Reduzierung der Schulden der Probleme entledigen kann.



Der frühere EZB-Chefökonom Otmar Issing. Foto Rainer Wohlfahrt

Trotzdem könnten die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag das beschließen, wie man hört.

Dann wird eine Lawine losgetreten. Die Dynamik wird sich nicht mehr aufhalten lassen. Die Einladung, sich von einem großen Teil der Schulden zu befreien,

wird sich für Länder mit hoher Staatsschuld als unwiderstehlich erweisen. Das gilt um so mehr, als die Finanzmärkte in der Erwartung dieses Verhaltens den Prozess mit steigenden Zinsen beschleunigen werden.

Neben einem harten Schuldenschnitt wird eine weichere Form der Umschuldung diskutiert, der Ankauf von griechischen Staatsanleihen durch den Euro-Krisenfonds EFSF oder sogar die gemeinsame Haftung für Staatsschulden durch Einführung von Eurobonds.

Vorschläge, den Schuldenschnitt in mehr oder weniger verdeckter Form über den EFSF durchzuführen, ändern nichts an der Grundproblematik. Mit der Ausgabe von Eurobonds ginge die Finanzhoheit ohne jegliche demokratische Legitimierung verloren. Muss man erst daran erinnern, dass in der parlamentarischen Kontrolle über Steuer und öffentliche Ausgaben die westliche Demokratie ihren Anfang nahm?

Aber es gehe um die Rettung Europas, behaupten die Euro-Rettungspolitiker.

Politiker, die mit solchen Maßnahmen die Währungsunion retten wollen, werden sich als Totengräber eines stabilen Euro erweisen. Deutschland wird finanziell von den Folgen dieser Politik ersticken. Kann man sich vorstellen, dass die deutsche Politik dazu die Hand reicht?

Die Fragen stellte Holger Steltzner.

## Moody's rät Amerika zum Verzicht auf Schuldengrenze

Finanzminister Geithner glaubt an Kompromiss in der Schuldendebatte

nks. NEW YORK, 18. Juli. Die Ratingagentur Moody's empfiehlt den Vereinigten Staaten, die Obergrenze bei der Staatsverschuldung abzuschaffen, um Investoren nicht zu verunsichern. Moody's hatte angesichts der bislang ergebnislosen Debatte um eine Anhebung der Schuldengrenze kürzlich eine Überprüfung der amerikanischen Bonität angekündigt und mit einer möglichen Aberkennung der bisherigen Bestnote gedroht. „Wir würden das Risiko für geringer halten, wenn die Regierung ihre Rahmenbedingungen für die Verwaltung von Schulden ändern würde, um diese Unsicherheit zu verringern oder zu eliminieren“, schrieb Analyst Steven Hess von Moody's.

Moody's hält das Risiko eines Zahlungsausfalls allerdings für niedrig, weil die Schuldengrenze bisher immer rechtzeitig angehoben wurde. Die weit auseinanderliegenden Positionen bei der aktuellen De-

batte sorgten aber für Verunsicherung. In Amerika setzt im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Kongress die maximale Höhe der Staatsverschuldung fest.

Die Parteien in Washington streiten seit Wochen um einen Kompromiss zur

„Jede Seite hat klargemacht, dass es nicht zu einem Zahlungsausfall kommen darf“.

Timothy Geithner, Amerikas Finanzminister

Anhebung der Schuldengrenze von derzeit 14,3 Billionen Dollar, die bereits im Mai erreicht worden war. Die Republikaner, die im Repräsentantenhaus die Mehrheit stellen, wollen einem höheren Limit nur zustimmen, wenn es zugleich eine Einigung über den Abbau des Haushaltsdefi-

zits gibt. Sie lehnen aber Steuererhöhungen ab. Die Demokraten sperren sich gegen Kürzungen bei der Sozialversicherung. Ohne Anhebung der Obergrenze können die Vereinigten Staaten von Anfang August an ihre Rechnungen nicht mehr zahlen. Zahlreiche Finanzfachleute haben für diesen Fall vor katastrophalen Auswirkungen auf die Finanzmärkte gewarnt. Der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner hat sich am Montag aber zuversichtlich geäußert, dass es einen rechtzeitigen Kompromiss geben wird. „Jede Seite hat klargemacht, dass es nicht zu einem Zahlungsausfall kommen darf. Sie werden damit nicht herumspielen“, sagte Geithner dem Wirtschaftssender CNBC. Nach Angaben des Finanzministeriums haben ausländische Investoren im Mai erstmals seit elf Monaten Geld aus den Vereinigten Staaten abgezogen.

## Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

### Ansteckungsgefahr

Von Gerald Braunberger

### Traumwelt Doha

Von Jürgen Dunsch

An den Finanzmärkten kursiert in diesen Tagen ein Wort, das all jene ein Alarmsignal senden sollte, die sich noch an die schwere Krise nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 erinnern. Das Wort heißt in der Sprache der Finanzmärkte „contagion“, ins Deutsche übersetzt: Ansteckungsgefahr. Damit ist gemeint, dass eine Krise plötzlich von einem Markt auf einen anderen überspringen und sich auf diese Weise unkontrolliert ausbreiten kann. Dieses Phänomen gilt nicht nur für den Euroraum, in dem die Renditen für spanische und italienische Staatsanleihen weiter steigen. So fürchtet der stellvertretende britische Premierminister Nick Clegg für den Fall einer Ausbreitung der Staatsschuldenkrise im Euroraum oder in den Vereinigten Staaten nachteilige Folgen für den britischen Anleihemarkt. In einer großen Finanzkrise sitzen zumindest alle Industrienationen in einem Boot, unabhängig davon, wo sich ihr Sitzplatz befindet und mit welcher Währung sie zahlen. Die Politiker vor allem im Euroraum, aber auch in Washington müssen möglichst schnell überzeugende Lösungen für ihre jeweiligen Probleme präsentieren.

Verhandlungen über Erleichterungen im globalen Handel sterben nie, lautet die Grundüberzeugung von Pascal Lamy, des Generaldirektors der Welthandelsorganisation WTO in Genf. Ähnlich wie in Klimakonferenzen gähnt in der Doha-Handelsrunde ein tiefer Graben zwischen den Lippenbekenntnissen der Staaten zur großen Freiheit und ihrer Bereitschaft zu Zugeständnissen im Einzelfall. Darüber hinaus hat sich die Welt seit dem Beginn vor zehn Jahren in der Hauptstadt Qatars grundlegend verändert: Die Amerikaner ziehen sich auf sich selbst zurück, die Europäer müssen den Euro retten, und die Japaner wissen nicht, wie sie aus ihren riesigen Staatsschulden kommen. Die Schwellenländer hingegen wollen weiterhin möglichst viele Vorteile der armen Entwicklungsländer genießen. Lamy hält eisern an Doha fest, obwohl ihm die Felle davonschwimmen. Er könnte sich da in einer Traumwelt verlieren. Besser wäre es, er setzte ein Zeichen und erklärte Doha für nicht mehr machbar. Vielleicht würde das die Sonntagsredner über die Freihandelsrunde wachrütteln. Oder sie müssten klar sagen, dass sie sich lieber in der Rosinenpickerei begrenzter Freihandelsabkommen üben.

### Russlands Wachstumsschwäche

Von Gerald Hosp, Moskau

Die Existenzberechtigung Russlands im Bric-Club der großen, aufstrebenden Volkswirtschaften – Brasilien, Russland, Indien, China – steht seit einiger Zeit wegen schwacher Wachstumszahlen zur Diskussion. Die Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion beeindruckt jedoch: Aus einem maroden Imperium wurde ein kapitalstarker Staat mit den drittgrößten Währungsreserven der Welt. Russland weist mit Abstand das höchste Pro-Kopf-Einkommen unter den Bric-Ländern auf. Zwischen 1998 und 2008 wuchs das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf durchschnittlich um 7,3 Prozent, überflügelt nur von China.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 sorgte für Ernüchterung. Keiner der Bric-Staaten wurde so hart getroffen wie Russland. Die Erholung erscheint fragil. Der Internationale Währungsfonds warnt, die Wachstumsrate könne mittelfristig unter 4 Prozent liegen, wenn es keine Reformen gebe. Die Krise löste eine Debatte über das zukünftige Wachstumsmodell aus, nicht zuletzt ist die Modernisierungsrhetorik des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew Ausfluss dieses Diskurses.

Wieder einmal wird die Phrase bemüht, Russland stehe an einer Weggabelung. Nach 1991 erfolgte der Übergang von einer Planwirtschaft zu einem – wenn auch unvollkommenen – System mit Privateigentum und Marktpreisen. Nach der Rubelkrise 1998 sorgten der Höhenflug des Ölpreises und eine konservative Fiskalpolitik für makroökonomische Stabilisierung. Zwischen 1998 und 2008 zeigte sich die Bedeutung des Erdöls: Rund die Hälfte des Wachstums ist auf den Anstieg der Erdölpreise zurückzuführen. Zudem blühte der Konsum. Das Wachstum dieser Zeit beruhte also nicht auf Ausweitung der Investitionen. Die Bevölkerung schrumpfte, dadurch erhöhte sich die Produktivität. Dabei wurden vor allem bestehende Kapazitäten besser genutzt.

Das auf Rohstoffen und nachholendem Konsum aufbauende Wirtschaftsmodell stößt nun an Grenzen. Die russische Regierung wollte dieses Modell in der jüngsten Krise retten und stimulierte den Konsum. 2009 wurde daher erstmals nach vielen Jahren wieder ein Haushaltsdefizit ausgewiesen. Diese Politik nährt eine hohe Inflation. Die staatlich erhöhten Einkommen lassen derzeit auch die Importe anschwellen, weil vor allem ausländische Konsumgüter gekauft werden. Protektionistische Maßnahmen sollen die heimische Industrie schützen. Ausländische Unternehmen werden mit Nachdruck dazu aufgefordert, in Russland zu produzieren. Das Problem ist nur: Russland ist ein Land mit einem mittleren Pro-Kopf-Einkommen und einer relativ hohen Kosten-

basis. Bei der Massenfertigung kann Russland mit China nicht mithalten. Gleichzeitig ist die technologische Entwicklung noch nicht so weit, dass wie in Deutschland anspruchsvolle Produkte hergestellt werden. Zudem belastet die schlechte demographische Verfassung Russlands die Aussichten für die Wirtschaft. Die „einfachen“ Produktivitätsgewinne der früheren Jahre gehören der Vergangenheit an. Aus diesen Gründen muss das Hauptaugenmerk auf der Erhöhung der Investitionen liegen. Die Modernisierungs- und Diversifizierungs-Agenda ist darauf ausgerichtet. Dabei greifen aber von oben verordnete Projekte

Der Königsweg zu mehr Wachstum liegt in einer Verbesserung des Investitionsklimas.

wie der Innovationspark Skolkowo zu kurz und zu hoch. Eine Ausweitung der Wertschöpfungskette bestehender Branchen wäre wirkungsvoller als ein Leuchtturmprojekt, das zudem anderen Initiativen das Licht nimmt.

Der Königsweg liegt daher in der Verbesserung des Investitionsklimas. Medwedjew hat unlängst in einer Rede in Magnitogorsk zehn Reformpunkte vorgelegt, die für mehr Investitionen sorgen sollen. So will er den Einfluss von Regierungsmitgliedern auf Staatsunternehmen verringern, verstärkt privatisieren an und Politik und Justiz reformieren. Auch eine Stärkung des Föderalismus sprach er an. Im Kampf gegen die Korruption regte Medwedjew schon einige Gesetzesänderungen an. Regierungsnahen Ökonomen fordern zudem eine neuerliche makroökonomische Stabilisierung, den Abbau des Haushaltsdefizits, eine konsistente Geldpolitik und das Sammeln der Erdöleinnahmen in den Staatsfonds.

Bisher war den Reformbemühungen von Medwedjew wenig Erfolg beschieden. Dies kann am Widerstand der Mannschaft rund um den Ministerpräsidenten Wladimir Putin liegen, aber auch am langwierigen Charakter der Reformen, an Inkompetenz oder an einer versteckten Agenda Medwedjews. Es scheint jedoch Konsens in der politischen Elite zu sein, dass eine Veränderung evolutiv erfolgen sollte. Stabilität soll auch nicht in Stagnation umschlagen.

Die Reformbereitschaft wird auf alle Fälle davon abhängen, wie zwingend die Veränderungen erscheinen. In dieser Hinsicht spielt die Entwicklung des Erdölpreises die größte Rolle. Russland sollte aber die Initiative lieber selbst in die Hand nehmen. Entscheidend wird sein, inwiefern Wirtschaft und Politik sich von der Droge Erdöl lösen und die Rentenökonomie überwinden können.

FIRMENINDEX	Seite	Commerzbank	17	Exxon Mobil	15	LG	16	Rewe	13	Thomas Cook	12
Allianz	13	Daimler	13, 14	Georg Fischer	13	National-Bank	14	Philips	13	Toll Collect	13
Apple	12, 15	Deutsche Bank	17	HSH Nordbank	11	News Corp.	12	Samsung	16	Total	15
BASF	15	Deutsche Telekom	13	HTC	12	Novatek	12	Santaco Express	14	Unicredit	17
Bayern LB	11	Dropbox	15	Hypo Real Estate	11	OMV	17	Siemens	13	Volkswagen	13
Bosch	12	ENBW	12	IKB	12	Osram	16	Société Générale	17	West LB	11
		Evotec	19	Kühne + Nagel	14	Reader's Digest	12	Suzuki	13	Zurich	13

# Eurobonds erhöhen Zinslast um Milliarden Euro

Eine Vergemeinschaftung der europäischen Schulden durch „Eurobonds“ würde die deutschen Steuerzahler mit höheren Zinsen belasten: Nach Schätzung des Ifo-Instituts drohen bis zu 25 Milliarden Euro Mehrkosten im Jahr.

pp. FRANKFURT, 18. Juli. Die Opposition wie auch der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger halten Eurobonds für einen eleganten Ausweg aus der europäischen Schuldenkrise. Gemeinschaftliche Anleihen („Eurobonds“) brächten niedrigere Finanzierungskosten für die hart geplagten Schuldenländer der Euro-Peripherie, da die Eurobonds ein besseres Rating erhielten. Allerdings brächten sie auch stark steigende Zinskosten für Deutschland, das seine gute Bonität aufs Spiel setzte, wenn es zu einer Vergemeinschaftung der Schulden und zu einheitlichen Zinsen kommt. „Es ergäben sich hohe Zusatzkosten für den Staatshaushalt, die daraus herrühren, dass Deutschland höhere Marktzinsen für die Eurobonds zahlen müsste“, sagt Kai Carstensen, Leiter der Konjunkturforschung am Münchner Ifo-Institut. Die 10-jährige Bundesanleihe hatte vergangenen Monat eine Rendite von gut 3 Prozent; zuletzt ist sie sogar auf 2,6 Prozent gefallen. Der gewichtete Durchschnittszins der Staatsanleihen der Eurozone beträgt aber fast 4,4 Prozent, weil einige Länder mit steigenden Zinskosten kämpfen.

Seit Jahresbeginn betrug die Differenz zwischen der deutschen Rendite und der eines hypothetischen Eurobonds nach Carstensen Berechnung 1,22 Prozentpunkte. Unter der Annahme, dass Deutschland langfristig seinen Schuldenstand bei 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stabilisieren könne, ergäbe sich eine zusätzliche Zinsbelastung von rund 18 Milliarden Euro bei vollständiger Finanzierung über Eurobonds, rechnet Carstensen. Bei einer Schuldenquote von mehr als 80 Prozent wie derzeit würden die zusätzlichen Zinskosten durch Eurobonds auf 25 Milliarden steigen. Zusätzlich würden bei einem Anstieg der Staatsrenditen auch die Finanzierungskosten für Unternehmen steigen. Investoren dürften höhere finanzielle Risiken durch die Gemeinschaftshaftung einpreisen, zudem würden die Standortbedingungen durch steigende Steuern belastet.

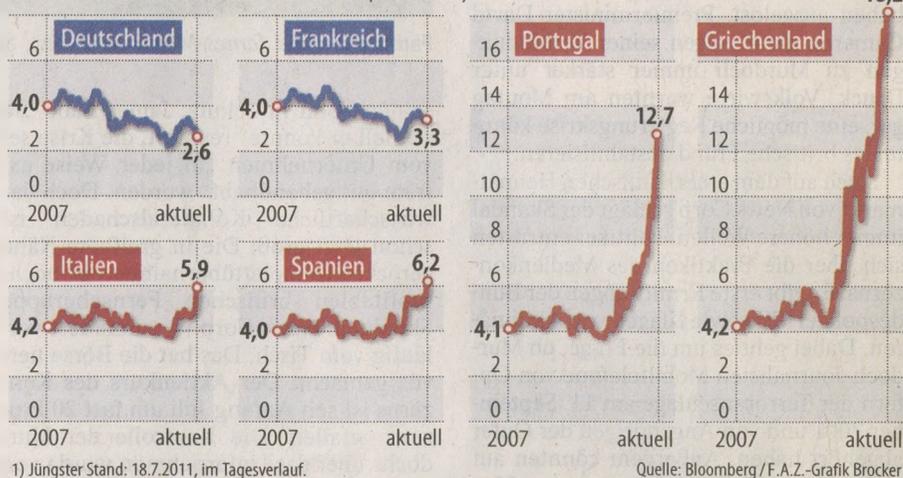


Ifo-Ökonom Kai Carstensen

Foto picture-alliance/dpa

## Große Renditeunterschiede

Staatsanleihen mit zehn Jahren Laufzeit (in Prozent)<sup>1)</sup>



1) Jüngster Stand: 18.7.2011, im Tagesverlauf.

„Dazu kämen eine Reihe von Unwägbarkeiten, die alles noch viel teurer machen dürften“, warnt der Ifo-Ökonom. Mit Eurobonds, die eine Entlastung von Zinskosten für die hochverschuldeten Ländern bringen, sinke der Konsolidierungsdruck für diese. „Das dürfte dazu führen, dass mit Eurobonds mehr Schulden gemacht werden als ohne“, sagt Carstensen. „Dies erhöht den Marktzins und

das Risiko einer Eurolandpleite, die dann auch Deutschland voll treffen würde, wenn wir gemeinschaftlich haften.“ Dieses Risiko sei bedrohlicher als die errechneten Mehrkosten in Milliardenhöhe. „Da geht es um die finanzielle Existenz.“

Jens Boysen-Hogrefe vom Kieler Institut für Weltwirtschaft schätzt einen geringeren Renditeunterschied für Eurobonds gegenüber deutschen Bundesanleihen.

Ein gemeinsamer Euro-Schuldenraum stünde besser da als seine Einzelteile. Mit einer durchschnittlichen Schuldenquote von 85 Prozent und einem Budgetdefizit von knapp über 5 Prozent des BIP ähnele er Frankreich. „Der Euroraum insgesamt dürfte also zumindest die Bonität Frankreichs haben.“ Der Kieler Ökonom schätzt daher einen Renditeaufschlag für Eurobonds von 0,5 bis 0,6 Prozentpunkten gegenüber Bundesanleihen. „Das wäre dann etwa 10 Milliarden Steuer-geld“, schätzt er die Mehrkosten für den deutschen Fiskus.

Obwohl sich der Euroraum insgesamt wohl günstiger finanzieren könnte als die Einzelstaaten, lehnt Boysen-Hogrefe die Schaffung von Eurobonds ab, „denn die Loslösung von Finanzpolitik und Haftung ist ausgesprochen problematisch“. Ähnlich argumentiert Michael Schröder, Leiter des Bereichs Internationale Finanzmärkte am Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). „Eurobonds können zwar kurzfristig einigen Ländern Entlastung schaffen, doch längerfristig sind sie der Weg ins Desaster, weil sie das Tor zu noch mehr Verschuldung öffnen.“ Wer das verhindern wolle, der müsse zum Eurobond auch eine Art „EU-Finanzpolizei“ schaffen. Das aber sei mit dem Demokratieprinzip kaum vereinbar.

## Deutscher Export wächst rascher als im Rest Europas

pp. FRANKFURT, 18. Juli. Der deutsche Export eilt der Ausfuhr der anderen großen europäischen Volkswirtschaften mit großen Schritten voraus und ist ein maßgeblicher Treiber der Erholung nach der Krise. Seit dem Tiefpunkt im Frühjahr 2009 hat die deutsche Ausfuhr um 24,5 Prozent zugelegt, schreibt die Bundesbank in ihrem aktuellen Monatsbericht. Lediglich die spanische Ausfuhr konnte mit 22,5 Prozent annähernd mithalten. Frankreichs und Italiens Ausfuhr hingegen profitierte mit je 15 Prozent Plus weit weniger vom weltwirtschaftlichen Aufschwung. „Insgesamt haben die Exporte Deutschlands und Spaniens im ersten Quartal 2011 den jeweiligen Höchststand vor der Krise leicht übertroffen, wohingegen er in Frankreich noch um 3,5 Prozent und in Italien sogar um 12,5 Prozent verfehlt wurde“, heißt es im Bundesbank-Monatsbericht. Der Exporteinbruch in Frankreich und Spanien war etwas geringer als in Deutschland, der Italiens sogar erheblich stärker.

In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich die deutsche Exportstärke noch deutlicher. Die Bundesbank weist auch darauf hin, dass die Ausfuhr in Länder jenseits des Euroraums stärker als im Euroraum gestiegen ist. Von 1999 bis 2010 nahm die deutsche Ausfuhr im Jahresdurchschnitt in den Euroraum um 5 Prozent zu, außerhalb des Euro betrug das Wachstum 6,5 Prozent. Spaniens Export legte um 4,5 Prozent in der Währungsunion (6,5 Prozent außerhalb) zu, Frankreich exportierte nur 2 Prozent mehr in den Euroraum (3 Prozent außerhalb), Italiens Export im Euroraum entwickelte sich mit 2 Prozent Plus nur halb so stark wie der deutsche. Wie die Bundesbank betont, stieg das Gewicht der Drittstaaten am deutschen Außenhandel auf 60 Prozent.

Am meisten Bedeutung gewonnen hat aus deutscher Perspektive im vergangenen Jahrzehnt der Export nach China, der mit einem jahresdurchschnittlichen Plus von 20 Prozent wuchs. Der Anteil Chinas am Gesamtexport erhöhte sich von 3 auf 5,5 Prozent. Auch der Nahe Osten zählte zu den dynamischen Absatzregionen (plus 9 Prozent im Jahr), ebenso die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (plus 8 Prozent).